

The logo for the Bavarian Business Association (vbw) is located in the top right corner. It consists of a dark blue square containing the lowercase letters 'vbw' in white. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Parlamentarischer Abend: Die Bedeutung der deutschen Wirtschaft in Europa

Mittwoch, 21.02.2018 um 18:30 Uhr

Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, Marstallgebäude,
Rue Wiertz 77, 1000 Brüssel

Deutschlands Rolle in der EU

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Prof. Niebler, liebe Angelika,

sehr geehrte Frau Schretter,

sehr geehrter Herr Dr. Felke,

sehr geehrter Herr Dr. Schlesinger,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete
des Europäischen Parlaments,

sehr geehrte Vertreter der Europäischen
Kommission und weiteren Institutionen,

meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute zu unserem
Parlamentarischen Abend begrüßen zu dürfen.

Zum heutigen Thema

Wir wollen heute die Frage diskutieren, welche
Bedeutung die deutsche Wirtschaft in Europa hat.

Fakt ist: Deutschland ist die größte und stärkste
Volkswirtschaft in der EU.

Das wird nicht überall nur positiv gesehen. Es gibt
Kritik an der Rolle Deutschlands in der EU – vor
allem am hohen Leistungsbilanzüberschuss.

Zum Handelsbilanzüberschuss Deutschlands

Die EU ist der größte Handelspartner für Deutschland und Bayern.

Im vergangenen Jahr (Berechnungen auf Basis Januar bis November) gingen voraussichtlich Ausfuhren im Wert von 750 Milliarden Euro von Deutschland in andere EU-Länder – das sind fast 59 Prozent aller deutschen Exporte,

Die Importe Deutschlands aus EU-Ländern betragen rund 590 Milliarden Euro und standen damit für 57 Prozent aller Einfuhren.

Der Handelsüberschuss Deutschlands mit der EU betrug damit 160 Milliarden Euro – und damit 12 Prozent des gesamten Handelsvolumens mit der EU.

Export Bayern:

Bayern ist dabei besonders Exportstark. Trotzdem verfügt der Freistaat über einen leichtes Handelsbilanzdefizit gegenüber der EU. Ursache dafür ist das große Volumen an Vorleistungsimporten des Freistaats aus den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Die Exporte Bayerns haben im vergangenen Jahr mit 192,1 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert erreicht. Das entspricht einem Plus von 5,4 Prozent im Vergleich zu 2016.

Überdurchschnittlich gestiegen sind die Exporte in die Eurozone mit +6,5 Prozent. Die Ausfuhren in die gesamte EU wurden durch den Exportrückgang nach UK um 6,6 Prozent gedämpft.

Gleichzeitig haben die Importe aus der EU und der Eurozone mit +8,6 Prozent beziehungsweise +7,2 Prozent besonders stark zugelegt.

Insgesamt wies Bayern damit 2017 gegenüber der EU ein leichtes Handelsbilanzdefizit in Höhe von 1,3 Prozent des Außenhandelsvolumens auf.

Meine Damen und Herren,

die Zugehörigkeit Deutschlands und Bayerns zum europäischen Binnenmarkt bringt uns Deutschen ohne Frage große Vorteile.

Eine Studie der Prognos AG kommt zu dem Ergebnis, dass das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1992 bis

2012 um jährlich 450 Euro höher ausfiel als ohne Binnenmarkt.

Aber: Die Kritik am hohen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands ist unbegründet.

Löhne+ Wechselkurse

Ein Vorwurf lautet, Deutschland würde seine Wettbewerbsfähigkeit künstlich zu Lasten der anderen EU-Länder – und nicht nur dieser – verbessern.

Und zwar einerseits durch Manipulationen des Wechselkurses – Stichwort schwacher Euro – und andererseits durch zu geringe Lohnsteigerungen.

Dadurch nehme Deutschland anderen Volkswirtschaften Weltmarktanteile weg.

Beide Kritikpunkte sind haltlos.

Zwar dämpft die extrem expansive Geldpolitik den Euro-Kurs derzeit.

Aber die Europäische Zentralbank ist keine nationale deutsche Institution.

Geradezu absurd ist der Vorwurf des Lohndumpings. Er geht völlig an der Realität vorbei.

Die deutsche Industrie hat weltweit die fünfthöchsten Arbeitskosten, der Kostennachteil gegenüber anderen Ländern beträgt rund 20 Prozent.

Seit 2011 steigen die Löhne in Deutschland Jahr für Jahr stärker als im Schnitt der EU und der Eurozone.

Die besonderen Erfolge der deutschen Wirtschaft basieren vor allem auf der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die qualitativ hochwertige und attraktive Produkte anbieten.

Diese Wettbewerbsfähigkeit haben wir uns hart erarbeitet: Auf politischer Ebene gab es Reformen, durch die wir wettbewerbsfähiger wurden. Aber auch die Unternehmen sind durch – teilweise schmerzhaft – Umstrukturierungen besser geworden.

Zudem gilt: Es wäre nicht nur absurd, sondern auch für die anderen EU-Staaten fatal, würde

man die deutsche Wirtschaft bewusst schwächen, um die Exporte zu dämpfen.

Denn: Die anderen Länder in der EU profitieren vom wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.

Und zwar in erster Linie deshalb, weil eine starke deutsche Wirtschaft mehr aus anderen EU-Ländern importiert!

Unsere vbw Studie, die von Prognos erstellt wurde und die Herr Dr. Schlesinger gleich detailliert präsentiert wird, zeigt:

Die Importnachfrage Deutschlands führt in den anderen EU-Staaten

- zu einer zusätzlichen Wertschöpfung von 240 Milliarden Euro und
- sichert dort insgesamt 4,8 Millionen Arbeitsplätze.

Allein die Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungen und Investitionsgütern sichert 3,4 Millionen Jobs in den anderen EU-Ländern.

In Tschechien und der Slowakei sind diese positiven Beschäftigungseffekte – relativ gesehen – am größten.

Dort hängen zwischen acht und neun Prozent aller Beschäftigten von der deutschen Importnachfrage ab. In Polen sind es fünf Prozent.

Die Studie zeigt auch:

Eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde die EU-Partner nicht stärken, sondern im Gegenteil schwächen!

Die EU profitiert von Deutschlands starker Wirtschaft als Wachstums- und Joblokomotive für die gesamte Union.

Zur Zukunft der EU – wo muss die Reise hingehen

Statt die deutsche Volkswirtschaft zu schwächen, muss es darum gehen, dass alle EU-Länder wettbewerbsfähiger werden – das stärkt auch die EU als Ganzes.

Das ist auch die richtige Antwort auf die Europaskepsis und den Zulauf EU-feindlicher Parteien in vielen Ländern.

Eine starke EU werden wir aber nur dann erreichen, wenn jedes Land für seine Schulden,

seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen
Arbeitsmarkt selbst verantwortlich ist.

Sonst verlässt sich jeder auf den anderen, ohne
selbst aktiv zu werden!

Jedes Land muss konsequent an seinen eigenen
Stärken und Schwächen arbeiten.

Nur das bringt nachhaltiges Wachstum,
Arbeitsplätze und senkt die Schuldenlast.

Wir begrüßen grundsätzlich die insbesondere von
Emmanuel Macron vorangetriebene intensive
Debatte um die Zukunft der EU.

Wir brauchen in einigen Feldern mehr Europa,
etwa bei Verteidigung, bei der Sicherheit oder
beim Thema Migration.

Wir müssen aber aufpassen!

Dort, wo die Vorstellungen Macrons – und die
der Kommission – auf zu viel Staat, mehr Steuern
und mehr Umverteilung zu Lasten Deutschlands
hinauslaufen dürfen wir diesen Weg nicht
mitgehen. Damit lösen wir die Probleme Europas
nicht!

EU-Sozialpolitik

Wie gesagt: Eine starke EU werden wir nur dann erreichen, wenn jedes Land für seine Schulden, seine Wettbewerbsfähigkeit, seinen Arbeitsmarkt – selbst verantwortlich ist – und es bei der Sozialpolitik weiter bleibt!

Gemäß Subsidiaritätsprinzip ist die Beschäftigungs- und Sozialpolitik Sache der Mitgliedsstaaten – und sie muss es auch bleiben.

Es dürfen auf EU-Ebene keine zusätzlichen sozialen Standards eingeführt werden, die die Souveränität der Mitgliedstaaten weiter einschränken.

Das würde die Akzeptanzprobleme der EU verschärfen und den EU-Gegnern und Populisten weiter Auftrieb verleihen.

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Deutschland aus Union und SPD enthält an diesem Punkt mit dem Bekenntnis zu einem EU-Sozialpakt und zur „besseren Koordinierung“ der Arbeitsmarktpolitik gefährliche Aussagen.

Auch sind wir gegen den ebenfalls im Koalitionsvertrag erwähnten EU-weiten Rahmen

für Mindestlohnregelungen und für nationale Grundsicherungssysteme.

Wir wenden uns darüber hinaus strikt gegen einen Ausbau der gemeinsamen EU-Sozialpolitik, die die EU-Kommission für den Rest ihrer Legislaturperiode bis Mitte 2019 verfolgt.

Wir lehnen die im November proklamierte „Europäische Säule Sozialer Rechte“ (ESSR) ab.

Zwar wurde beim Gipfel in Göteborg klargestellt, dass – entgegen dem Wunsch der Kommission – die Europäische Säule Sozialer Rechte per se keine rechtliche Bindungskraft entfalten kann und darf.

Allerdings verfolgt die Europäische Kommission bereits zahlreiche Initiativen und bringt neue auf den Weg, um die ESSR mit Leben zu füllen.

Etwa:

- den Richtlinienvorschlag über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der EU, mit dem die Nachweisrichtlinie ersetzt werden soll, oder
- der Zugang zur sozialen Sicherung für Menschen in allen Beschäftigungsformen oder

- die Ankündigungen zum Paket zur Sozialen Gerechtigkeit. Dieses sieht unter anderem eine Europäische Arbeitsmarktbehörde und die Einführung einer EU-Sozialversicherungsnummer vor.

Das alles darf so nicht kommen – dafür werden wir uns in diesem Jahr besonders einsetzen!

Schluss und Fazit

Meine Damen und Herren,

von der aktuell starken Rolle der deutschen Wirtschaft innerhalb der EU profitieren auch die anderen Länder.

Es kann deshalb nicht darum gehen, Deutschland zu schwächen.

Vielmehr müssen alle Länder und damit die EU insgesamt wettbewerbsfähiger und wachstumsstärker werden.

Kurz zusammengefasst geht es um

- Wettbewerbsfähigkeit statt Über-Regulierung
- Industriepolitik statt De-Industrialisierung

- Eigenverantwortung statt Umverteilung
- Subsidiarität statt Zentralisierung
- Und: Konzentration auf die Vollendung des Binnenmarktes sowie auf die Felder, in denen wir dringend mehr Zusammenarbeit in der EU brauchen, wie in der Außen- und Sicherheitspolitik und bei der Flüchtlingsintegration.

Vielen Dank!